

Albin L. Ockl

Dipl.-Ing.

Gründer und verantwortlicher Planer / Organisator der Europäischen Congressmessen ONLINE und KOMMTECH

Am Buschkamp 10
42549 Velbert

Tel (0 20 51) 603840
Fax (0 20 51) 603841
Mobil 0171-6853504
albin.ockl@euro-online.de
www.euro-online.de

Voraus per Fax an 02051-945-20

**Amtsgericht Velbert
Vollstreckungsgericht**

**Nedderstrasse 40
42549 Velbert**

**Kopie an das Verwaltungsgericht Berlin, 27. Kammer, VG 27 K 308.14,
Kirchstr.7, 10557 Berlin, Fax 030-9014-8790**

Velbert, 04.Nov. 2017

**Widerspruch und Antrag auf Unterlassung jeglichen Missbrauchs von
Staatsgewalt durch OGV'in Kreyenpoth mit
Zwangsvollstreckungssache 1 DR II 1102/17**

im Auftrag der Staatsanwaltschaft Wuppertal, Hofaue 23, 42103 Wuppertal,
Aktz. Kassenzeichen 100024389 271 4+16 (staatlicher Täter)
gegen Unterzeichner (Opfer, Justizopfer)

Begründung:

**01. Unterzeichner ist nicht Schuldner, sondern als
Opfer politisch motivierter Zerschlagungen mit extremistischer
Ausuferung staatlicher Übergriffe zu politisch motivierter
Sippenzerschlagung mit Todesfolge
ein Justizopfer ohne anwaltliche Unterstützung
trotz seiner Weltklasse-Höchstleistungen für digitale Evolution in
Deutschland und Europa**

Politisch motivierte Zerschlagungen

mit extremistischer Ausuferung staatlicher Übergriffe und ihre
Eskalation zur Sippenzerschlagung mit Todesfolge
sind Gegenstand der gerichtlichen Klagen des Opfers seit 2010:

> Zerschlagung 1: unter Verantwortung der beklagten
Bundesregierung für Vernichtung eines herausragenden
Lebenswerkes mit Weltklasse-Höchstleistungen für digitale Evolution
in Deutschland und Europa

> **Zerschlagung 2:** unter Verantwortung der Bayerischen Staatsregierung mit tödlichem Ausgang für seinen Bruder in 2012 und Fortsetzung der Treib- und Hetzjagd auf seinen einzigen Rechtsnachfolger in NRW (mit Kenntnis und gnadenloser Ausnutzung der Zerschlagung 1)

> **Zerschlagung 3:** unter Verantwortung des Öffentlich-rechtlichen Rundfunks (mit Kenntnis von, mit medialer Rundfunksperre zu und wegen Mittäterschaft bei der Zerschlagung 1)

> **Zerschlagung 4:** unter Verantwortung des Sozialstaates wegen verfassungswidrigen Missbrauch sozialer Pflichtversicherungen (soziale Zerschlagung anstatt soziale Sicherheit) für finale Zerschlagung infolge staatlich erzwungener Notlage / Altersarmut

> **Zerschlagung 5:** unter Verantwortung einer skrupellosen Staatsanwaltschaft wegen verfassungswidrigem Missbrauch des staatlichen Gewaltmonopols für massive Verstöße gegen internationale Menschenrechte, für psychische Zerschlagung, für schwere Freiheitsberaubung mit physischer Gewaltanwendung und Hausfriedensbruch, mit verwerflicher Rufschädigung

> **Zerschlagung 6:** bis dato mit Versagung von Rehabilitierung mit Schadenersatz für ein herausragendes Lebenswerk mit Weltklasse-Höchstleistungen für digitale Evolution in Deutschland und Europa

> **Zerschlagung 7: Finale, skandalöse Zerschlagung mit juristischen Scherbenhaufen** unter Verantwortung deutscher Justiz, mit Versagung von rechtlichem Gehör für erdrückende Beweislage zu staatlich erzwungener Altersarmut, mit Verweigerung der Anerkennung eines herausragenden Lebenswerkes (Rehabilitierung), mit Weltklasse-Höchstleistungen für Deutschland und Europa, ohne Unterstützung durch einen qualifizierten Rechtsanwalt, für den ein juristischer Scherbenhaufen wirklich zu komplex ist, und ganz Deutschland schaut zu!

Politisch motivierte Zerschlagungen

mit extremistischer Ausuferung staatlicher Übergriffe und ihre Eskalation zur Sippenzerschlagung mit Todesfolge sind ein juristischer Scherbenhaufen unter Verantwortung deutscher Justiz:

Das wehrlose Justizopfer, ohne Unterstützung durch einen qualifizierten Rechtsanwalt für eine nicht alltägliche Rechtsanwendung, insbesondere dem Missbrauch von Staatsgewalt, strafbarer Rechtsbeugung und massivem Verstoß gegen internationale Menschenrechte durch eine skrupellose Staatsanwaltschaft ausgeliefert, weist die perfide Bösartigkeit dieser Staatsanwaltschaft zurück, staatliche Übergriffe auch noch in Rechnung stellen zu wollen.

Extremistische Ausuferung staatlicher Übergriffe zur Durchsetzung von politisch motivierten Zerschlagungen sind ein

Frontalangriff auf das Grundgesetz (GG):

„Man muss das Grundgesetz nicht lieben, aber man muss es respektieren“, so der Präsident des Bundesverfassungsgerichts. **Niemand ohne Ausnahme darf sich über das GG stellen.**

Das GG soll staatliche Übergriffe verhindern und nicht schützen. Dies gilt insbesondere für extremistische Ausuferung staatlicher Übergriffe.

Zerschlagung 1: unter Verantwortung der beklagten Bundesregierung für Vernichtung eines herausragenden Lebenswerkes mit Weltklasse-Höchstleistungen für digitale Evolution in Deutschland und Europa
Politisch motivierte, heimtückisch ausgeführte Zerschlagung des Opfers bei Umsetzung einer gigantischen Umverteilungspolitik nach der staatlichen UMTS-Auktion 2000 mit verheerenden Folgewirkungen

Zivilgerichtliches Verfahren der Klage auf Schadenersatz am Landgericht Wuppertal (2 O 70/15) mit Rechtsbeschwerde am BGH und Verfassungsbeschwerden

> > > <http://planning.euro-online.de/ftp/UMTS2000-LG15-3.pdf>

> > > <http://planning.euro-online.de/ftp/UMTS2000-E17.pdf>

> > > <http://planning.euro-online.de/ftp/BVERFG-15.pdf>

> > > <http://planning.euro-online.de/ftp/BVERFG-21.pdf>

Scroll down after link (page 41)

Zerschlagung 2: unter Verantwortung der bayerischen Staatsregierung mit Kenntnis und gnadenloser Ausnutzung der Zerschlagung 1

Politisch motivierte, heimtückisch ausgeführte Zerschlagung des Bruders mit Todesfolge, nach über 20-jähriger Treib- und Hetzjagd bis in den Tod, mit kapitalen Vermögensschäden vor dem Hintergrund unbewältigter NS-Vergangenheit und mit Fortsetzung der Zerschlagung auf seinen Rechtsnachfolger in NRW

Zivilgerichtliches Verfahren am Landgericht Wuppertal (2 O 163/16) rechtshängig

> > > <http://planning.euro-online.de/ftp/BayZER01.pdf>

> > > <http://planning.euro-online.de/ftp/Grab1.pdf>

> > > <http://planning.euro-online.de/ftp/BVERFG-W05.pdf>

Scroll down after link (page 50)

Zerschlagung 3: unter Verantwortung öffentlich-rechtlicher Rundfunkanstalten, in Erklärungsnot wegen Mitwisserschaft, medialer Rundfunk- und Fernsehsperrung, Mittäterschaft, strafbarer Kumpanei und diskriminierender Kommunikationsverweigerung seit 2007

Versagung von jeglichem Gehör (rechtlich, politisch, medial) zu politisch motivierten Zerschlagungen des Klägers, unter direkter Beteiligung des Gebühren-finanzierten, beklagten Rundfunks trotz des Nachweises eines direkten Schadens von 100.000 EUR trotz des Nachweises eines viel höheren Schadens durch Mittäterschaft, Mitwisserschaft und strafbarer Kumpanei, trotz massiver Verstöße des Beklagten gegen Medienrecht, Rundfunkrecht und Telekommunikationsrecht mit kapitaler Schadenswirkung auf professionelle Unternehmungen des Klägers

Verwaltungsgerichtliches Verfahren am Verwaltungsgericht Düsseldorf (27 K 5854/13)

> > > <http://planning.euro-online.de/ftp/WDRReinspruch4.pdf>

> > > <http://planning.euro-online.de/ftp/WDRReinspruch3.pdf>

> > > <http://planning.euro-online.de/ftp/WDR2017-0.pdf>

> > > <http://planning.euro-online.de/ftp/unrecht-01.pdf>

> > > <http://planning.euro-online.de/ftp/BVERFG-18.pdf>

Scroll down after link (page 29)

Zerschlagung 4: Soziale Zerschlagung anstatt sozialer Sicherheit (Versicherungszweck ist soziale Sicherheit) unter Verantwortung des Sozialstaates wegen verfassungswidrigem Missbrauch sozialer Pflichtversicherungen für finale Zerschlagung infolge staatlich erzwungener Notlage/Altersarmut:

Versagung von rechtlichem Gehör zu kausalen Zusammenhängen mit politisch motivierten Zerschlagungen, mit der dadurch verursachten Notlage, mit der dadurch verursachten Vernichtung von Existenz-Grundlage und aller Altersrücklagen, mit dem dadurch verursachten Wegfall von Kranken- und Pflegeversicherung seit 2010 ist verfassungswidrig.

- > > > <http://planning.euro-online.de/ftp/SG-DUS.pdf>
- > > > <http://planning.euro-online.de/ftp/LG-WUP-3.pdf>
- > > > <http://planning.euro-online.de/ftp/BVERFG-16.pdf>
- > > > <http://planning.euro-online.de/ftp/SG-DUS2.pdf>

Scroll down after link (page 25)

Zerschlagung 5: unter Verantwortung von weisungsgebundener Staatsanwaltschaft mit verfassungswidrigem Missbrauch des staatlichen Gewaltmonopols für massive Verstöße gegen deutsche Grundrechte, europäische und internationale Menschenrechte

Verfassungswidrige Beschlüsse, rechtswidrige Ordnungswidrigkeitsverfahren, rechtsbeugende Bußgeldverfahren, Schikaneverfahren seit 2011 mit extremistischer Ausuferung staatlicher Übergriffe zu psychischer Zerschlagung, schwerer Freiheitsberaubung mit physischer Gewaltanwendung, Hausfriedensbruch, teuflisch geplante Rufschädigung mit Präsentation des wehrlosen Opfers in vergittertem Schwerverbrecher-Polizeitransporter, massiver Missbrauch von Staatsgewalt für heimtückisch ausgeführte, politisch motivierte Zerschlagungen mit direkter Unterstützung durch skrupellose, diskriminierende, diffamierende, weisungsgebundene Staatsanwaltschaften und einer unterirdischen, hundsmiserablen Justiz

Klageerzwingungsverfahren am BGH und Verfassungsbeschwerde 2 BvR 741/16

- > > > <http://planning.euro-online.de/ftp/Staatsgewalt-KP2.pdf>
- > > > <http://planning.euro-online.de/ftp/BVERFG-17.pdf>
- > > > <http://planning.euro-online.de/ftp/AG-ME3.pdf>

Scroll down after link (page 170)

Zerschlagung 6: Fortsetzung der Klage in 2017 auf Rehabilitierung mit Schadenersatz am Verwaltungsgericht Berlin Bis heute (2017): Versagung von jeglichem Gehör zu einer der dunkelsten Phase deutscher Nachkriegsgeschichte - Situationsanalyse März 2017: Vor 2 Jahren noch kaum vorstellbar Politisch motivierte Zerschlagungen mit extremistischer Ausuferung staatlicher Übergriffe zu Sippenzerschlagung mit Todesfolge, nach einer gigantischen Umverteilungsoperation unter Verantwortung der deutschen Bundesregierung, erzwungen mit verheerenden Folgewirkungen der staatlichen UMTS-Auktion 2000 und

mit anschließender totaler Diskriminierung und schlimmster Diffamierung durch Verwaltung, Regierung und Justiz sowie ständiger Versagung von jeglichem Gehör (staatliche Diskriminierung) mit konzertiertem Zusammenwirken der Beklagten mit dem Öffentlich-rechtlichen Rundfunk, mit Kenntnis und gnadenloser Ausnutzung der verheerenden Folgewirkungen durch den Freistaat Bayern,

mit massiven Verstößen gegen internationale Menschenrechte
Eskalation zu Sippenerschlagung: Staatliche Frontalangriffe auf
deutsche Grundrechte und internationale Menschenrechte
mit ständiger Versagung des
grundgesetzlich garantierten rechtlichen Gehörs für Staatsschuld,
für Staatshaftung wegen staatlich erzwungener Altersarmut,
für Schadenersatz und Rehabilitierung, mit Treib- und Hetzjagd auf
rechtschaffene Bürger mit vorzeigbaren Lebenswerk bis in den Tod
> > > <http://planning.euro-online.de/ftp/UMTS2000-15-3.pdf>

02. Schuldner ist nicht der Unterzeichner, sondern der staatliche Täter mit skrupelloser, diskriminierender, diffamierender, weisungsgebundener Staatsanwaltschaft, weil Anspruch auf Schadenersatz, Rehabilitierung und Schmerzensgeld Missbrauch gesetzlicher Einrichtungen für soziale Sicherheit zu sozialer Zerschlagung (Zerschlagung 4) und massiver Verstoß gegen internationale Menschenrechte (Zerschlagung 5) Missachtung des Einspruchs vom 07.Sept. 2017 und Missbrauch von Staatsgewalt durch die Obergerichtsvollzieherin für aktive Beteiligung an politisch motivierten Zerschlagungen mit extremistischer Ausuferung staatlicher Übergriffe zu politisch motivierter Sippenerschlagung mit Todesfolge

Das Opfer hat mit seinem Einspruch vom 07.Sept. 2017 (Anlage Staatsgewalt-Missbrauch 02) unmissverständlich Widerstand gegen missbräuchliche Anwendung von Staatsgewalt kommuniziert. Der Einspruch ist eine Willenserklärung, mit der man zu erkennen gibt, mit einer Entscheidung oder einem Verfahren nicht einverstanden zu sein, eine Möglichkeit, gegen eine nachteilige Entscheidung einer Behörde vorzugehen, ein Rechtsbehelf, der gegen bestimmte Verwaltungsakte eingelegt werden kann. ein Rechtsbehelf gegen bestimmte gerichtliche Entscheidungen. Der Obergerichtsvollzieherin ist strafbare Ignoranz vorzuwerfen, weil Sie den Einspruch wegen **extremistischer Ausuferung staatlicher Übergriffe** überhaupt nicht zur Kenntnis genommen hat, weil sie in ignoranter Weise das staatliche Gewaltmonopol missbraucht hat und weil sie sogar ihren Faxanschluss inaktiviert hat (siehe Anlage Staatsgewalt-Missbrauch 02, Sendeprotokolle Fax11, Fax12, Fax13), um die Kenntnis von strafbarer Rechtsbeugung zu verhindern
Siehe Anlage Staatsgewalt-Missbrauch 01.

Darüber hinaus wurde längst gegen die Staatsanwaltschaft Strafanzeige erstattet mit anschließendem Klageerzwingungsverfahren bis zum Bundesverfassungsgericht:

Missbrauch von Ordnungswidrigkeitsverfahren zu Schikaneverfahren seit 2011 mit extremistischer Ausuferung staatlicher Übergriffe zu psychischer Zerschlagung, zu schwerer Freiheitsberaubung mit physischer Gewaltanwendung, Hausfriedensbruch, teuflisch geplante Rufschädigung mit Präsentation des wehrlosen Opfers in vergittertem Schwerverbrecher-Polizeitransporter, zu massivem Missbrauch von Staatsgewalt für heimtückisch ausgeführte, politisch motivierte Zerschlagungen (**Zerschlagung 5**)

Sieh Verfassungsbeschwerde vom 14. Februar 2016

nach Eskalation von schikanierenden Ordnungswidrigkeitsverfahren seit 2011 und nach Anzeige und Klage vom 22.06.2014 beim Amtsgericht Mettmann wegen Freiheitsberaubung mit körperlicher Gewaltanwendung ohne Vorlage eines Haftbefehls und wegen Hausfriedensbruch und wegen Vollstreckung gegen Unschuldige mit diskriminierender Rufschädigung
> > > <http://planning.euro-online.de/ftp/BVERFG-17.pdf>

Die Obergerichtsvollzieherin sagt **die Unwahrheit**, indem Sie behauptet, das Opfer habe Ihren Termin versäumt, ggf. ohne ausreichende Entschuldigung.
Tatsache ist, dass die Obergerichtsvollzieherin einer nicht überwindbaren Befangenheit unterliegt, weil es für sie nicht vorstellbar ist, dass es für Opfer politisch motivierter Zerschlagungen ein grundrechtsgleiches Recht auf Widerstand gibt (sieh Art.20 Abs.4 GG)

Offensichtlich wurde hier das blindgläubige Vertrauen einer ahnungslosen Obergerichtsvollzieherin zu Missbrauch von Staatsgewalt ausgenutzt, von einer **skrupellosen, diskriminierenden, diffamierenden, weisungsgebundenen Staatsanwaltschaft gegen wehrlose Opfer politisch motivierter Zerschlagungen mit extremistischer Ausuferung staatlicher Übergriffe zu politisch motivierter Sippenzerschlagung mit Todesfolge, mit massivem Verstoß gegen internationale und europäische Menschenrechte, und deutsche Grundrechte.**

In diesem Zusammenhang wird hier darüber informiert, dass vom Opfer im September 2017 das Bundesverfassungsgericht **mit 3 Verfassungsbeschwerden** angerufen wurde wegen Versagung von rechtlichem Gehör am Verwaltungsgericht Düsseldorf (Zerschlagung 3) und wegen Versagung von rechtlichem Gehör am Landgericht Wuppertal (Zerschlagung 1 und 2)
dass vom Opfer am Verwaltungsgericht Berlin Rehabilitierung mit Schadenersatz und / oder entsprechender Förderung intensiv beklagt wird.
> > > <http://planning.euro-online.de/ftp/BVERFG-21.pdf>
Scroll down after link (page 41)
> > > <http://planning.euro-online.de/ftp/BVERFG-W05.pdf>
Scroll down after link (page 50)
> > > <http://planning.euro-online.de/ftp/BVERFG-18.pdf>
Scroll down after link (page 29)
> > > <http://planning.euro-online.de/ftp/UMTS2000-15-3.pdf>

Widerspruch und Antrag auf Unterlassung jeglichen Missbrauchs von Staatsgewalt durch Obergerichtsvollzieherin Kreyenpoth sind hiermit ausführlich begründet.

Velbert, 04.Nov.2017



Albin L. Ockl

Anlage Staatsgewalt-Missbrauch 01

Förmliche Zustellung der OGV'in Kreyenpoth vom 18.10.2017 (zugestellt am 23.10.2017)

Anlage Staatsgewalt-Missbrauch 02

Einspruch des Opfers politisch motivierter Zerschlagungen vom 07.Sept.2017

Anlage Zerschlagung5-01

Schriftsatz vom 06.Sept.2017 an das Verwaltungsgericht Berlin VG 27 K 308.14

Die detaillierten Ausführungen sind zusätzlich nachlesbar in der Internet-Cloud:

> > > <http://planning.euro-online.de/ftp/UMTS2000-15-3.pdf>

Scroll down after link (page 178)

Anlage Zerschlagung5-02

Urteil vom 10.08.2016 mit **strafbarer Rechtsbeugung**:

Verurteilung des Opfers politisch motivierter Zerschlagungen wegen fiktiver, wahrheitswidriger Verkehrsordnungswidrigkeit mit unerträglicher Diskriminierung und Diffamierung seines Lebenswerkes durch eine skrupellose Staatsanwaltschaft

Die detaillierten Ausführungen zu

Widerspruch und Antrag auf Unterlassung jeglichen Missbrauchs von

Staatsgewalt durch OGV'in Kreyenpoth mit

Zwangsvollstreckungssache 1 DR II 1102/17 sind zusätzlich nachlesbar in der

Internet-Cloud:

> > > <http://planning.euro-online.de/ftp/unrecht-11.pdf>